Große Baugebiete tabu

CSW will Verstädterung entgegenwirken

BINDLACH/RAMSENTHAL

Bei der Jahresversammlung der Christlich Sozialen Wählervereinigung (CSW) im Gasthaus Bock berichtete Vorsitzender Werner Fuchs über die ausgewogene Liste für die Gemeinderatswahl am 15. März. Man wolle wieder mit drei Sitzen vertreten sein. Die gestiegene Zahl an Kandidaten aus dem Hauptort Bindlach spiegle das wachsende Interesse an der CSW im Gemeindebereich wider.

Da Gemeinderätin Rosemarie Schmidt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr kandidiert, stellte sie ihr Amt als stellvertretende Vorsitzende zur Verfügung. An ihre Stelle trat bei der Vorstandswahl Gemeinderat Udo Lindlein. In ihren Ämtern bestätigt wurden stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Weber sowie Vorsitzender Werner Fuchs.

Die CSW-Gemeinderäte freuten sich über die abgeschlossene Dorferneuerung in Ramsenthal. Ähnliches wolle man jetzt auch bei der neu zu gestaltenden Ortsdurchfahrt in Bindlach erreichen. Noch nicht ganz zufrieden ist man mit den Planungen vor allem im Bereich der abgerissenen Häuser. Auf dem Brauereigelände ist es der CSW wichtig, dass für die ältere Generation zumindest Einrichtungen der Tagespflege entstehen. Die denkmalgeschützten Häuser sollten bei gegebenenfalls reduziertem Denkmalschutz im Innenbereich auch aus Gründen staatlicher Förderung am besten von öffentlichen oder staatlich anerkannten Einrichtungen genutzt werden. Die in der

Planwerkstatt entstandene Idee eines Dorfladens sei in einem Ort wie Bindlach mit bester Versorgung nicht zielführend.

Im Bereich der Kindertagesstätten seien bestehende Einrichtungen in Bindlach und Ramsenthal weiter in gleicher Weise zu fördern wie das neue Zentrum am Bindlacher Berg. Bei der baulichen Entwicklung von Bindlach ist die CSW seit Langem gegen die Ausweisung großer Baugebiete, um der Verstädterung entgegenzuwirken. Ein Grünstreifen zwischen Bindlach und Bayreuth sei zu erhalten. Auch Optimierung vorhandener Strukturen dürfe nicht auf Kosten grüner Lungen innerorts gehen. Kleinere Baugebiete und Abrundungen müssten hingegen in allen Gemeindeteilen möglich Grundsätzlich gilt es, stets Ökologie und Ökonomie im Auge zu behal-

"Wir brauchen Arbeitsplätze, doch dürfen unsere Gewerbegebiete nicht für reine Parkplätze ohne Betrieb missbrauchtwerden, wie im Falle von Amazon. Wir hatten daher als erste den Gedanken in den Gemeinderat eingebracht, bestehende Bebauungspläne entsprechend zu überarbeiten," sagte Fuchs. "Das Trinkwasserversorgung wird uns auch weiter stark beschäftigen, wenn demnächst neue Wasserschutzgebiete mit verschärften Kriterien für die Benker Gruppe auszuweisen sind. So sinnvoll es ist, auf mehreren Beinen zu stehen, so unerträglich ist es, wenn in das Eigentum von Bürgern selbst im weiteren Bereich der Brunnen eingegriffen wird", betonte Fuchs. red